



Medienmitteilung

Jahresrechnung 2014

Dank Sparmassnahmen zu einem positiven Rechnungsabschluss 2014

Die BDP nimmt den positiven Rechnungsabschluss 2014 erfreut zur Kenntnis. Neben den höheren Steuereinnahmen haben die beschlossenen Sparmassnahmen massgeblich zur Trendwende im Berner Finanzhaushalt beigetragen. Angesichts der erheblichen finanzpolitischen Unsicherheiten der kommenden Jahre verlangt die BDP auch weiterhin eine restriktive Ausgabendisziplin, um den finanzpolitischen Spielraum zu erhöhen. Zudem fordert die BDP den Kanton auf, steuerpolitische Massnahmen zu ergreifen, um die Standortattraktivität des Kantons zu verbessern.

Die BDP ist erfreut über den positiven Rechnungsabschluss 2014. Für die BDP ist unbestritten, dass die im November 2013 beschlossenen Sparmassnahmen den Grundstein für den Ertragsüberschuss von 212 Millionen gelegt haben. Ohne das Sparpaket wäre die Trendwende in den Berner Finanzen nicht möglich gewesen. Wie Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) betont, führten neben den Sparmassnahmen auch höhere Steuereinnahmen zum positiven Abschluss.

Vor dem Hintergrund einer konjunkturellen Abschwächung und erheblichen finanzpolitischen Unsicherheiten bezüglich der Nationalbankgelder, der Unternehmenssteuerreform III und dem Nationalen Finanzausgleich mahnt die BDP zur finanzpolitischen Zurückhaltung. Zuerst soll die für dieses Jahr in Aussicht gestellte Steuerstrategie aufzeigen, in welchem Umfang Steueranpassungen möglich sind. Im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform III fordert die BDP den Kanton auf, mittelfristig die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit die Unternehmungen weiterhin im Kanton Bern bleiben und nicht in steuergünstigere Kantone wegziehen.

Die BDP unterstützt grundsätzlich die vorgeschlagene Fondslösung zur Verstetigung der Nationalbankgewinne, weil dadurch die Gefahr von kurzfristig zu beschliessenden Entlastungsmassnahmen verringert wird und mögliche finanzielle Spielräume für Steuerensenkungen geschaffen werden können.

Auskunft:
Jakob Etter, Grossrat, 079 252 73 12

Bern, 10. März 2015